

Deutsch-Chinesische Nachrichten

Deutsche Tageszeitung

德華日報

Eingetragen als Zeitung auf dem Chinesischen Postamt.

中華郵政特准掛號立券之報紙

7. Jahrgang

Tientsin, Dienstag, den 30. Juni 1936

Nr. 1761

Die Partei, ihr harter Kampf und ihre grosse Verpflichtung

Dr. Goebbels spricht in Stuttgart

Stuttgart, den 28. Juni (Transocean C.N.) Am Sonnabend und Sonntag hielten über 10000 Amtswalter der nationalsozialistischen Partei aus allen Teilen Württembergs und Hohenzollerns einen Kongress in Stuttgart ab, wo Dr. Goebbels am Sonntag zu ihnen sprach.

Dr. Goebbels sprach als einer der alten Garde der Bewegung und rief: „Die Tage in denen wir Vorkämpfer sein müssen, sind noch nicht vorüber. Ernste Arbeit liegt noch vor uns. Wir sind nicht alt genug, um den kommenden Geschlechtern die Lösung der grossen Probleme zu überlassen, die vor uns stehen. Diese Aufgaben sind noch uns gestellt. An ihrer Erfüllung erweist sich der Wert unserer Generation.“

Der Minister befasste sich dann mit dem Vorwurf, dass die Nationalsozialisten „die Heiden des 20. Jahrhunderts“ seien, die den Segen des Himmels nicht verdient hätten. „Der Himmel segnet auf die Dauer nur die, welche den Segen verdient haben“, sagte der Minister. „Wenn der Himmel seinen Segen für diejenigen zur Verfügung hielte, die am lautesten schreien, dann hätte er sicherlich die gesegnet, die vor uns im Amte sassen. Aber der Erfolg, der den Neid unserer Gegner erregt hat, kam nicht von selbst. Drei und ein halbes Jahr haben wir mit den gewaltigen Problemen gekämpft und gerungen. Wir waren oft voller Sorge und haben viele schlaflose Nächte verbracht, als wir um die Zukunft unseres Volkes bangten. Nicht Tatkraft allein genügt um eine neue Wehrmacht aufzubauen und das Rheinland wieder zu besetzen — es kostete Mut. Unsere Vorgänger hatten keinen Mut, und darum versagten sie.“

Dr. Goebbels Rede wurde durch stürmische Heilrufe unterbrochen. Der Minister warf dann einen Rückblick auf die grossen praktischen Errungenschaften der letzten 3½ Jahre. Zum Schluss sagte der Minister, „Niemand braucht zu fürchten, dass wir auch nur einen Punkt unseres nationalsozialistischen Programms vergessen werden, aber wir brauchen dazu Zeit und Geduld. Alles kommt zu seiner Zeit, ein Punkt nach dem anderen.“

Dr. Frick spricht in Koblenz

Koblenz, den 28. Juni (Transocean C.N.) In einer Rede, die er hier am Sonntag vor 120000 vor dem Koblenzer Schloss versammelten Volksgenossen anlässlich des Gaudages des Westmarkgauen Koblenz-Trier-Birkenfeld hielt, bezeichnete Reichsinnenminister

Politik in den alten Bahnen?

Grundsätzliche Einigung in der Dardanellen-Angelegenheit

Sowjetrussland braucht freie Durchfahrt gegen uns

Paris, den 28. Juni (Transocean C.N.) Die meisten Abendzeitungen bringen Berichte ihrer Genfer Berichterstatter, aus denen man erfährt, dass in der Dardanellen-Frage zwischen Eden, Litvinoff und Ruschdi Aras eine grundsätzliche Verständigung erzielt worden sei, der zufolge die Dardanellen offen sind für die Flotten aller Nationen, welche einen Beschluss des Völkerbundes oder eine vom Völkerbundsrat gebilligte Verpflichtung durchführen.

Ausserdem soll Sowjetrussland berechtigt sein, die Dardanellen zur Verstärkung seiner baltischen Flotte zu benutzen, wenn Russland das für notwendig halten sollte. In normalen Zeiten dagegen sollen

Völkerbund vor Entscheidungen

Fragen vor der Eröffnung der Völkerbundsversammlung

Genf, den 28. Juni (Transocean C.N.) Die erste Frage, die bei der Sitzung der Völkerbundsversammlung am Dienstag auftauchen wird, ist die, wer den Vorsitz führen soll.

Die ursprüngliche Absicht, Benes zu wählen, entfiel, weil er inzwischen Präsident der tschechoslowakischen Republik geworden ist. Die aussichtsreichsten Anwärter scheinen jetzt der rumänische Aussenminister Titulescu, der spanische Aussenminister Barcia, der portugiesische Abgeordnete Monteiro und der belgische Ersterminister van Zeeland zu sein. Der letztere scheint die besten Aussichten zu haben,

Dr. Frick die nationalsozialistische Partei als Führerorden der Nation, dessen Mitglieder die Auslese der tüchtigsten, entschlossensten und tapfersten Volksgenossen sein sollen.

Der Führernachwuchs der Partei, so fügte der Minister hinzu, bedeute keineswegs die Begründung einer neuen bevorzugten Kaste, sondern übernehme die ungeheure Verantwortung der erhöhten Pflichten gegenüber Führer, Volk und Staat. Es wäre eine völlige Verkenning der Absichten des Führers, wenn die Parteigenossen pochend auf ihre äussere Stellung in der Partei Vorrechte für sich in Anspruch nehmen wollten, zu denen ihnen die innere Berechtigung fehle. Die äussere Autorität lasse sich auf die Dauer nur aufrechterhalten, wenn ihr der innere Wert entspreche. Der beste Beweis hierfür sei die Person des Führers selbst, der nur die Gefolgschaft aus innerer Ueberzeugung wolle, weil er wisse, dass nur eine auf persönlichem Vertrauen gegründete Macht auf die Dauer Bestand habe. Darin liege das ganze Geheimnis der Staatskunst Adolf Hitlers.

Im weiteren Verlauf seiner Rede erinnerte Dr. Frick daran, dass heute vor siebzehn Jahren Deutschland das Schmachdiktat von Versailles aufgezwungen wurde. Er fuhr dann fort: „Nach dreieinhalbjähriger nationalsozialistischer Regierung dürfen wir feststellen, dass es uns in dieser kurzen Zeit gelungen ist, erstens am 14. Oktober 1933 durch Austritt aus dem Völkerbund wieder unsere aussenpolitische Handlungsfreiheit zu gewinnen, zweitens am 16. März 1935 unsere Wehrfreiheit wieder zu erlangen und drittens am 7. März 1936 auch das Rheinland wieder der vollen Souveränität des Reiches zu unterstellen. Damit hat das deutsche Volk wieder seine Ehre und zum guten Teil auch seine Gleichberechtigung mit den anderen Völkern wieder hergestellt. Im Bewusstsein seiner Kraft wird das deutsche Volk seiner friedlichen Aufbauarbeit nachgehen und niemanden bedrohen, aber auch von niemandem ein Unrecht erdulden.“

Hitlers Wort an die Universität Heidelberg

Berlin, den 28. Juni (Transocean C.N.) Reichskanzler Hitler richtete an die Universität Heidelberg anlässlich der Feier des 550 jährigen Bestehens ein Glückwunschtelegramm, in welchem er dem Wunsche Ausdruck verlieh, dass die „altewürdige Heidelberger Hochschule getreu ihrer Ueberlieferung auch in fernster Zukunft die Pflanzstätte edelsten deutschen Geisteslebens und bewährte Mittlerin edlen deutschen Kulturgutes an die Welt bleiben möge“.

die von der Türkei vorgeschlagenen Bestimmungen Geltung haben.

Der aussenpolitische Schriftwarter des „Echo de Paris“ dagegen schreibt, dass Japan und Italien diesem Vorschlage nicht zustimmen wollten. Trotzdem hält man es für wahrscheinlich, dass die drei genannten Staaten dieses Protokoll unterzeichnen und es den übrigen Nationen anheim stellen werden, ihm beizutreten, wenn sie dazu Lust haben.

Nach Ansicht der Genfer Berichterstatter der Pariser Zeitungen ist es so gut wie sicher, dass die sogenannten Rumpf-Locarno-Mächte in Brüssel zusammentreten werden, sobald erst die Dardanellenfrage in Montreux ihre Regelung gefunden haben wird. Dieser Auffassung schliessen sich „Excelsior“ und „Port Journal“ an, das „Echo de Paris“ hingegen meint, dass die Haltung Frankreichs in diesem Punkte noch nicht klar sei.

falls er rechtzeitig zur Eröffnungssitzung eintreffen sollte.

Die neue Italienische Denkschrift wurde dem Völkerbundssekretariat am Sonntag eingehändigt, aber ihr Inhalt wird kaum vor Dienstag abend veröffentlicht werden. Es heisst, dass die Italienische Regierung darauf hofft, ihr Ziel durch Ueberraschung der Versammlung zu erreichen, weshalb ihr an einer vorzeitigen Veröffentlichung nichts gelegen ist.

Italien verlangt klare Entscheidung in Genf

Rom, den 28. Juni (Transocean C.N.) Die halbamtliche „Giornale d'Italia“ verweist verächtlich auf die Anwesenheit der sogenannten abessinischen

Das neue Gesetz über die Fremdwährungsschuldverschreibung

Berlin, den 27. Juni (Transocean C.N.) Zu dem neuen Reichsgesetz über die Fremdwährungsschuldverschreibungen, wonach, wie bereits gemeldet, die Zahlungsverpflichtungen aus Anleihen in ausländischer Währung im Falle der Abwertung dieser Währung nach Massgabe der abgewerteten Währung zu leisten sind, wird in Finanzkreisen erklärt, dass damit die Unsicherheit beseitigt wird, die durch die kürzliche Reichsgerichtsentscheidung entstanden ist.

Das Reichsgericht hatte sich in einem Fall auf den Standpunkt gestellt, dass durch die Abwertung des Dollars das Rechtsverhältnis zwischen Gläubiger und Schuldner innerhalb Deutschlands nicht berührt werde, sofern sich die Anleihestücke schon bei Inkrafttreten der Abwertung im inländischen Besitz befanden.

Die Uebertragung der Reichsgerichtsentscheidung in die Praxis würde, wie betont wird, zu ausserordentlichen Komplikationen führen. Insbesondere wäre die Unterscheidung zwischen „Altbesitz“ und „Neubesitz“ erforderlich gewesen. Ausserdem hätte man die Frage prüfen müssen, ob das Reichsgerichtsurteil und auf in Reichsmarkstücke umgetauschte Auslandsbonds anwendbar ist.

Die durch das Urteil entstandene Unsicherheit hatte bereits zur Einstellung des Börsenhandels in Dollarbonds geführt, deren Kurs unmittelbar nach Bekanntwerden der Entscheidung sprunghaft gestiegen waren. Unter diesen Umständen wird die Klärung der Lage durch das neue Reichsgesetz allseits begrüsst.

Erfassung älterer militärisch ausgebildeter Wehrpflichtiger

Berlin, den 27. Juni (Transocean C.N.) Im Reichsgesetzblatt wird eine „Verordnung über die Erfassung militärisch ausgebildeter Wehrpflichtiger älterer Geburtsjahrgänge“ veröffentlicht. Die Verordnung bestimmt, dass Offiziere und Beamte aller Gattungen, die dem Aktiven- oder Beurlaubtenstand des früheren Heeres und der Schutztruppe der Kaiserlichen Marine oder der Reichswehr angehörten, ferner alle seit 1921 aus der Wehrmacht oder der Landespolizei ausgeschiedenen Deckoffiziere, Unteroffiziere und Mannschaften sich bei den polizeilichen Meldebehörden anzumelden haben, sofern sie ihren Wohnsitz im Deutschen Reich haben und einem älteren Geburtsjahrgang als 1913 angehören.

Vertretung in Genf und sagt, niemand wisse, welche Regierung sie ernannt habe. Sie schreibt unverblümt, dass diese Fiktion lange genug aufrecht gehalten sei, und jetzt um der gesunden Vernunft willen fallen gelassen werden sollte. Zu der Note des Grafen Ciano bemerkt die Zeitung, dass Italien sich jeder Teilnahme an der europäischen Politik enthalten werde, bis die Sanktionen sowohl in politischer wie moralischer Hinsicht in einer Italien zufriedenstellenden Weise aufgehoben sind. Die Initiative dazu hätten die Sanktionsmächte, und sie allein zu unternehmen. Italien würde mit ihnen nur bei der Zusammenstellung des Wortlautes der Erklärung zusammenwirken.

Italien spricht vom Unsinn der Strasa-Front

Rom, den 28. Juni (Transocean C.N.) Der als Sonderberichterstatter des „Lavoro Fascista“ nach Genf entsandte aussenpolitische Schriftleiter befasste sich in seinem Berichte ausführlich mit dem Eindruck, den die Note des italienischen Aussenministers Graf Ciano auf die dortigen französischen Kreise gemacht hat.

Die „Lavoro Fascista“ schreibt, die Note sei im allgemeinen günstig aufgenommen worden, hätte aber in einigen französischen Kreisen „falsche Hoffnungen“ hinsichtlich der Möglichkeit zur Bildung einer neuen Strasafront, erweckt, obwohl die Note nicht ein einziges Wort enthalte, das solche „gänzlich unsinnigen“ Hoffnungen rechtfertige.

Die Zeitung erklärt, diese falschen Hoffnungen seien Unsinn, erstens und besonders wegen der letzten Erklärungen der französischen Regierung, Unsinn im Hinblick auf die lieberhaften Anstrengungen der britischen Regierung und vor allem Unsinn im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Aussenpolitik Italiens. Der Bericht aus Genf schliesst damit, dass die Wiederaufnahme der europäischen Zusammenarbeit nicht möglich sei, solange man über diesen oder jenen Staat hinwegginge, oder solange man, was noch schlimmer sei, zur Bildung feindlicher Bündnisse schreite.

(Fortsetzung der Telegramme Seite 10)